

Niederschrift

über eine Sitzung des **Umweltausschusses** der am 01. März 2009 gewählten Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Donnerstag, dem **24.01.2013**, um 19.00 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathauses Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Obmann
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 1. März 2012
3. Berichte des Obmannes
4. Fairtrade-Gemeinde
5. Förderung Biomasse
6. Bürgerbeteiligung Photovoltaik
7. Fahrradkilometer sammeln
8. Verbot des Einsatzes von Glyphosat-Herbiziden
9. Allfälliges

Anwesende:

GV Markus Strobl
GV Josef Auzinger
GV Ing. Josef Eder
GV Bärbel Stahl
GV Ing. Florian Moser, BSc
GV Dipl.-Ing. Hans Weiner
GV Peter Illinger
2. Vizebgm. Sabine Mayrhofer
GV Wolfgang Oberer
Bgm. Peter Schröder

Weiters anwesend:

GV Anneliese Höller – in beratender Funktion

Schriftführer:

Helmut Timin

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Obmann

Obmann Strobl eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums aufgrund der Anwesenheit von 9 Ausschussmitgliedern fest. Die Tagesordnung wurde rechtzeitig zugestellt und es besteht dazu kein Einwand.

2. Genehmigung der Niederschrift vom 01.03.2012

Obmann Strobl stellt den Antrag, das Protokoll vom 01.03.2012 zu genehmigen.

Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder): Wird einstimmig genehmigt.

3. Berichte des Obmannes

Obmann Strobl berichtet über Anrainerbeschwerden bei der Sammelinsel Parkplatz Schöffleutgasse.

Bgm. Schröder informiert, dass diese Sammelinsel im Zuge der Umsetzung des Konzeptes „Stille Nacht 2018“ vom derzeitigen Standort Richtung Osten verlegt werden soll. Mehrere Standorte wurden geprüft, bisher konnte jedoch noch kein neuer Standort gefunden werden.

Vizebgm. Mayrhofer schlägt vor, die Sammelinsel beim WC in der Nähe der Reinigung unterzubringen.

Bgm. Schröder informiert, dass dies im Zuge des Stille-Nacht-Konzeptes bereits geprüft wurde, aber wegen geplanter Ein- und Ausfahrten nicht möglich ist.

Vizebgm. Mayrhofer regt an, im Zuge der Gesamtkonzeption die Situation vor Ort noch einmal anzuschauen.

Bgm. Schröder meint, dass eventuell im Bereich der Stieglwiese im Zuge einer Pacht die Möglichkeit besteht.

GV Illinger informiert, dass ihm von einem Neubau der Altstoff-Sammel-Insel nichts bekannt sei und konkrete Pläne interessant wären.

Bgm. Schröder berichtet, dass diese Planung (Skizze) allen Arbeitsgruppenmitgliedern, zu denen auch Frau Vizebgm. Mayrhofer zählt, bekannt ist. Für die Fraktionsmitglieder sind die Pläne dort einsehbar.

Obmann Strobl fasst zusammen, dass die Neusituierung bei der Konzeptgestaltung mitbedacht wird, bis auf weiteres hier aber nichts verändert wird.

Obmann Strobl berichtet von einer Anfrage, bei der es um die Frequenzerhöhung bei der Entleerung der Biotonne geht.

Vizebgm. Mayrhofer informiert, dass diese Anfrage um Erhöhung der Frequenz von Amts wegen zu prüfen wäre, welche Möglichkeiten es hier gibt.

Bgm. Schröder berichtet, dass es zur Thematik Bioabfall im letzten Jahr mehrerer Besprechungen mit den Amtsleitern der Region gegeben hat. Die Bioabfallentsorgung in Oberndorf ist Bestandteil einer Gesamtleistung in der Region.

Über die Erhöhung der Entleerfrequenz der Biotonne gibt es derzeit noch keinen Konsens, da der Bedarf bei dichter bebauten Gebieten ein anderer ist als in Streulagen. In erster Linie stellt sich die Problematik für die Gemeinden Oberndorf, Lamprechtshausen und Bürmoos. Eine Erweiterung der Abfuhrtermine kann nur in Absprache mit den Regionsgemeinden und den beauftragten Unternehmen erfolgen.

Vizebgm. Mayrhofer meint, dass eine geringfügige Veränderung der Abfuhrer keine vertragliche Änderung darstellen würde. Die Anpassung wäre so geringfügig, dass keine Ausschreibung wegen einer wesentlichen vertraglichen Änderung erforderlich wäre. Wo es notwendig ist, könnte prinzipiell die Abfuhrfrequenz erhöht werden. Sowohl von der Firma Gschaidler als auch von der Firma Mayrhofer wurde der Wunsch um Erhöhung der Abfuhrfrequenz bereits mehrfach geäußert.

Obmann Strobl berichtet über das Problem mit der Kompostierung von Südfrüchten, da diese oft stark mit Pflanzenschutzmitteln behaftet sind. Es erscheint sinnvoll, die Südfrüchte nicht auf den Kompost sondern in die Restabfalltonne zu geben.

Obmann Strobl berichtet weiters, dass es in mehreren Gemeinden die Möglichkeit gibt, am Recyclinghof eine Art Flohmarkt zu veranstalten. Der Grundgedanke ist „Abfallvermeidung“. Als problematisch hat sich aber dabei herausgestellt, dass „Händler“ gekommen sind, in die Container kletterten und sämtliche Sachen einfach einpackten. Aufgrund dessen wird es einen derartigen Handel am Recyclinghof nicht mehr geben.

GV Dipl.-Ing. Weiner berichtet, dass diese Art von Handel auf den Wiener Mistplätzen sehr gut funktioniert.

Bgm. Schröder informiert, dass sobald ein Fahrzeug in das Gelände des Recyclinghofes einfährt und mitgebrachtes Material entsorgt, dieses in das Eigentum der Gemeinde übergeht. Aus Platzgründen ist es am Altstoffsammelzentrum nicht möglich, verschiedene Fraktionen zu sammeln und für Flohmärkte bereitzustellen.

Vizebgm. Mayrhofer meint, dass in der bisherigen Organisationsform diese Form der Abwicklung nicht möglich ist. Das Bundesabfallwirtschaftsgesetz sieht jedoch vor, dass der Gedanke mit „Abfallvermeidung bzw. Gebrauchtmärkte“ künftig stärker ins Spiel gebracht werden soll.

Obmann Strobl informiert, dass es nach wie vor möglich sein wird, die Hinweismöglichkeiten für Gesuche usw. bei der Anschlagtafel am ASZ zu nutzen.

Bgm. Schröder berichtet, dass es am 27.12.2012 bei der Sammelinsel Haltestelle Oberndorf Stadt einen Brand gegeben hat. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf ca. € 5.000,-. Die Recherche der Polizei hat ergeben, dass es sich um Selbstentzündung gehandelt hat. Der Schaden ist nicht durch eine Versicherung gedeckt. Zwischenzeitlich wurden vom Bauhof mehrere Reparaturen durchgeführt.

Umweltberater Timin berichtet, dass durch die Firma Humana vor Weihnachten in Abstimmung mit den Geschäften bei Unimarkt und Spar Ziegelhaiden jeweils ein Altkleidercontainer aufgestellt wurde.

4. Fairtrade-Gemeinde

Obmann Strobl berichtet, dass Fr. Adrie Maria Danner von www.biofaircon.at vom Land Salzburg beauftragt wurde, Fairtrade-Gemeinden zu initiieren. Sie ist an den Bürgermeister herantreten und dieser hat das Thema an den Obmann des Umweltausschusses zur Aufbereitung weitergeleitet. Es gibt im Land Salzburg derzeit drei Gemeinden, die gerade in Vorbereitung zur Fairtrade-Gemeinde sind, das sind Hallein, die Stadt Salzburg und

Oberndorf. Oberndorf ist deswegen interessant, da auch die Stadtgemeinde Laufen gerade einen solchen Antrag gestellt hat.

Diese Idee wurde in England geboren, mittlerweile gibt es schon in ganz Europa diese Initiativen. Es geht hier um nachhaltigen Anbau, das Verbot von gentechnisch verändertem Saatgut, faire Preise für Produkte, Verbesserung der Bildung in kleinbäuerlichen Strukturen und Klimaschutz. Es soll keine Konkurrenz zu lokalen Produkten aufgebaut werden. Es gibt 5 Ziele, zu denen sich eine Fairtrade-Gemeinde bekennen muss:

1. Die Gemeinde bekennt sich zu FAIRTRADE

Die Gemeinde verabschiedet eine Resolution zur Unterstützung von FAIRTRADE und sollte FAIRTRADE Kaffee und weitere FAIRTRADE Produkte bei ihren Sitzungen, in ihren Büros, in ihren Kantinen (z.B.: Umstellung der Kaffeeautomaten, Zucker...) sowie bei Gemeindeveranstaltungen verwenden.

2. Engagement in der FAIRTRADE-Gruppe

Eine FAIRTRADE Arbeitsgruppe wird gegründet, die sich regelmäßig trifft und an der Umsetzung und Weiterentwicklung der Ziele arbeitet. Der Arbeitsgruppe gehört ein/eine VertreterIn der Gemeinde an. Die Gruppe ist für die jährliche Evaluierung und die Einhaltung der Ziele verantwortlich.

3. FAIRTRADE-Produkte leicht verfügbar machen

FAIRTRADE Produkte sind in lokalen Geschäften leicht verfügbar und werden in lokalen Gastronomiebetrieben (z.B.: Gasthäuser, Kaffeehäuser) angeboten. Die Bevölkerung wird regelmäßig über das FAIRTRADE Angebot informiert (z.B.: Erstellung eines Einkaufsführers).

4. Lobbying in der Gemeinde für FAIRTRADE-Produkte

FAIRTRADE Produkte sollten in Betrieben, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Pfarren usw. verwendet werden. Ein Vorzeigeunternehmen wird gewonnen, das auf FAIRTRADE Produkte umstellt.

5. FAIRTRADE bewerben

In der Gemeinde wird FAIRTRADE durch regelmäßige Berichterstattung in gemeindeeigenen Publikationen, Aussendungen etc. und auch auf der Homepage zum Thema gemacht. Veranstaltungen werden organisiert, um das Bewusstsein der Bevölkerung für FAIRTRADE zu stärken (jedenfalls eine Veranstaltung innerhalb der jährlichen FAIRTRADE Wochen). Am Gemeindeamt und in anderen Einrichtungen wird mit Plakaten, Aufklebern, Flyern etc. auf FAIRTRADE aufmerksam gemacht.

Anmerkungen zu den einzelnen Punkten:

zu 1: Es sollten zwei Fairtrade Produkte verwendet werden (zB Zucker und Tee);

zu 2: Es wurde eine FAIRTRADE Arbeitsgruppe gegründet, die von Markus Strobl geleitet wird. Es gab bereits ein erstes Treffen im November und ein Treffen mit der Gruppe aus Laufen.

zu 3: Es gibt bereits jetzt viele Betriebe, die FAIRTRADE-Produkte führen.

zu 4 und 5: Es soll versucht werden, Partner wie Schulen, die Pfarre usw. zu gewinnen. Weiters soll eine Bewerbung durch Veranstaltungen und regelmäßige Berichte in Zeitungen stattfinden.

Der Globalisierungskritiker Jean Ziegler betonte bei einem Ö1- Interview, dass durch die 3 Maßnahmen, weniger Verbrauch, und regionales/saisonales Handeln die Welt nachhaltig verändert werden kann. Als Gemeinde sollte man hier eine Vorbildwirkung zeigen.

Bei genauerer Betrachtung der 5 Punkte ist ein Großteil bereits jetzt erfüllt. Nachdem Laufen bereits den Antrag gemacht hat, wäre es gemeinsam mit Oberndorf weltweit einzigartig, wenn es hier ein gemeinsames Fest geben würde. Nächster Termin für ein Treffen der Fairtrade Arbeitsgruppe ist Montag, 28.01.2013.

Vizebgm. Mayrhofer erkundigt sich, wer diese Arbeitsgruppe leitet.

Obmann Strobl erklärt, dass er derzeit diese Arbeitsgruppe mit 10 Personen leitet. Die Gruppe setzt sich aus verschiedenen Personen des öffentlichen Lebens zusammen. Für die Weiterarbeit fehlt derzeit noch ein Beschluss der Gremien. Die Fairtrade-Arbeit soll durch Überzeugung begeistern, jedoch niemanden zwingen. Es geht hier um Bewusstseinsbildung für die eigenen Handlungen. Bei diversen Veranstaltungen könnten beispielsweise Fairtradeprodukte angeboten werden. Durch Nahrungsmittelspekulationen sind bei vielen Produkten die Preise enorm angestiegen. Fairtrade garantiert für die Erzeuger einen stabilen Preis.

GV Illinger erkundigt sich, wer davon aller betroffen wäre, zwei Fairtradeprodukte zu führen.

Obmann Strobl erklärt, dass das jene Betriebe betrifft, die das Fairtrade-Gütesiegel führen. Gütesiegelbetriebe müssen mindestens 2 Fairtradeprodukte führen. Fairtradeprodukte werden meist ohne den Einsatz von Pestiziden erzeugt. Die Erzeuger erhalten dafür einen garantierten Preis. Dieser kann je nach Produkt höher aber auch niedriger als ein vergleichbares Handelsprodukt sein. Vor Ort wird in Bildungs- und Sozialeinrichtungen investiert.

GV Stahl bestätigt, dass derzeit Fairtrade-Zucker günstiger zu kaufen ist als ein vergleichbares Produkt in derselben Menge.

GV Oberer erkundigt sich, ob bei den Bällen (OSK, Feuerwehr usw.) im Ort auch Fairtradeprodukte angeboten werden sollen.

Obmann Strobl meint, dass das auch eine Möglichkeit wäre. Beispielsweise könnten die Vorschriften für die Veranstalter entsprechend angepasst werden. Grundsätzlich sind hier aber die Veranstaltungen der Gemeinde selbst gemeint. Der Beitrag durch die Aufnahme von Fairtradeprodukten in das Gemeindeangebot wäre vergleichsweise gering.

GV Ing. Eder erkundigt sich, ob jede Veranstaltung umfasst wäre oder ob es hier einen Prozentsatz geben soll? Vorgeschlagen wird hier ja zumindest eine Veranstaltung pro Jahr zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung.

Obmann Strobl erklärt, dass hier nicht jede Veranstaltung gemeint ist.

GV Illinger erkundigt sich, ob diese Empfehlung des Ausschusses für die Gemeindevertretung zu verstehen ist. Große Betriebe im Ort zu verpflichten, Fairtradeprodukte zu führen erscheint problematisch.

GV Strobl erklärt, dass das ein Missverständnis ist. Niemand wird verpflichtet, unfreiwillig Fairtradeprodukte zu führen. Bei Infoveranstaltungen der Gemeinde würde für die Gemeinde die Pflicht gelten, Fairtradeprodukte zu führen. Bei Bällen müsste das nicht sein, da es ja keine Gemeindeveranstaltungen sind. Den Veranstaltern könnte empfohlen werden, Fairtradeprodukte anzubieten.

GV Dipl.-Ing. Weiner erklärt, dass Fairtrade im Prinzip „fairer Handel“ bedeutet. Der ursprüngliche Gedanke war, den Zwischenhandel auszuschalten, um möglichst vom Produzenten hin zum Endkunden die Schiene zu legen. Durch das Wegfallen des Zwischenhandels verringern sich die Spannen und dem Produzenten kann dadurch ein besserer Preis geboten werden. Dem Endverbraucher kann eventuell auch ein günstigeres Produkt angeboten werden. Neben diesen Aspekten wurden noch zwei andere Aspekte angesprochen. Einerseits die biologischen Produktionsmethoden und andererseits die sozialen Bedingungen. Es geht hier also um die Frage, unter welchen Bedingungen und von welchen Menschen die Produkte

hergestellt werden. Wenn die biologischen Produktionsmethoden auch zu Fairtrade zählen, dann geht es um viel mehr als der Begriff alleine aussagt.

Obmann Strobl bestätigt, dass Fairtrade auch naturnahe und nachhaltige Anbaumethoden umfasst. Umfangreiche Unterlagen und Erklärungen gibt es unter www.fairtrade.at.

GV Stahl meint, dass es hier vor allem um Lobbying-Maßnahmen für Fairtrade gehe.

Es entsteht eine kurze Diskussion rund um bestehende und neue ISO-Normen.

Vizebgm. Mayrhofer erklärt, dass Fairtrade aufzeigen soll, wie die Menschen für die Produktion von konventionellen Produkten ausgebeutet werden, damit der Verbraucher billige Waren bekommt. Diese Bewusstseinsbildung soll vor allem auch bei den jungen Menschen stattfinden.

Obmann Strobl erläutert, dass die angebotenen Fairtradeprodukte keine Konkurrenz zu heimischen Waren darstellen.

GV Oberer gibt zu bedenken, dass auch Fairtradeprodukte einen langen Weg von der Produktion bis zum Verbraucher hinter sich haben. Die CO₂-Bilanz muss hier auch berücksichtigt werden.

Es entsteht eine kurze Diskussion rund um die CO₂-Bilanz von Produkten.

GV Dipl.-Ing. Weiner meint, dass es bei Fairtrade natürlich auch Transporte für die Produkte gibt. Die verschiedenen Zwischenstufen des Handels gibt es jedoch bei Fairtrade nicht. Es ist auch eine Frage des Vertrauens in die Produkte, die Herstellung und den Handel. Das Angebot von Fairtrade wäre für die Gemeinde ein positiver Schritt und für die Betriebe, die Produkte in ihr Angebot aufnehmen, gut für ihr Image.

Vizebgm. Mayrhofer erkundigt sich, ob es bei Fairtrade-Gemeinden auch Evaluierungen über den Umsetzungsstand gibt.

Obmann Strobl berichtet, dass man als Gemeinde zunächst einen Antrag zur Aufnahme als Fairtrade-Gemeinde stellen muss. Nach Anerkennung als Fairtrade-Gemeinde muss in weiterer Folge laufend Bericht erstattet werden. Es soll jährlich eine Veranstaltung geben und regelmäßige Pressemeldungen.

GV Illinger erkundigt sich über die anfallenden Kosten, die eine Fairtrade-Gemeinde zu tragen hat.

Obmann Strobl erklärt, dass hier keine Kosten zu erwarten sind bzw. ihm derzeit nichts über Mitgliedsbeiträge oder Ähnliches bekannt sei. Die Unterstützung von Biofaircon wird über das Land Salzburg finanziert. Die Tätigkeit der Arbeitsgruppenmitglieder ist ehrenamtlich.

Bgm. Schröder berichtet, dass er diesem Anliegen sehr positiv gegenüber steht. Es geht hier um eine Bewusstseinsbildung. Die Fairtrade-Gemeinde scheint in der Umsetzung unproblematisch zu sein. In Oberndorf gibt es schon sehr viele Betriebe, die Fairtradeprodukte führen. Mit Laufen zusammen eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit anzustreben, wäre besonders charmant. Die Diskussion und die Meinungsbildung in diesem Gremium ist wichtig. Der Kaffee im Gemeindeamt ist privat finanziert. Deshalb kann hier keine Verpflichtung zur Umstellung auf „Fairtradedekaffee“ erfolgen. Es erscheint jedoch möglich, außer Kaffee andere Fairtradeprodukte in der Gemeinde zu führen, damit die Ziele zu erfüllen und dafür ein Gütesiegel zu erhalten. Sollte das nicht möglich sein, so wäre eine Ernennung zur Fairtrade-Gemeinde derzeit nicht möglich.

Zur gegründeten Arbeitsgruppe mit derzeit 10 Personen stellt sich die Frage, ob die Gruppe auch weiter bestehen wird und wer die administrative Arbeit bzw. Bewerbung der Fairtrade-Gemeinde abwickeln wird. Seitens der Gemeinde kann diese Arbeit nicht übernommen werden, da es keinen Beauftragten dafür gibt.

Die Leistung hierfür muss aus den Reihen der ehrenamtlichen Mitglieder kommen, hierunter fällt auch die Abwicklung einer Gemeindeveranstaltung.

Obmann Strobl erklärt, dass hierfür die Arbeitsgruppe eingesetzt ist.

Bgm. Schröder erklärt, dass die Arbeitsgruppe auch die Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Laufen suchen muss. Den Bildungs- u. Freizeiteinrichtungen, der Schule und der Pfarre können seitens der Gemeinde keine Vorgaben hinsichtlich der Aufnahme von Fairtradeprodukten erteilt werden. Am Beispiel BHAK/BHASCH-Buffer, das vom Bund ausgeschrieben wurde, sei angemerkt, dass nicht bekannt ist, ob Fairtradeprodukte explizit zu führen sind. Hier kann nur durch Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung etwas bewirkt werden.

Obmann Strobl erklärt, dass die Arbeitsgruppe die Kontakte zu Firmen im Rahmen von Veranstaltungen aufnimmt und die Möglichkeiten anbietet. Die Vorgaben sind, dass man bei einer 5000-Einwohner-Gemeinde wie Oberndorf 3 Lebensmittelgeschäfte und 2 Gastronomiebetriebe benötigt. Bereits jetzt ist diese Vorgabe erfüllt.

Bgm. Schröder berichtet, dass das Cafe Gruber beabsichtigt, Fairtradeprodukte in ihr Angebot aufzunehmen. Weiters interessiert sich das Oberstufenrealgymnasium für die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe. Die Breitenwirkung wäre sicher gegeben, besonders die gemeinsame Bewerbung von Laufen und Oberndorf.

Bezüglich Stadtamt wird festgestellt, dass die bestehende Kaffeemarke, die derzeit von den Mitarbeitern konsumiert wird, nicht auf Fairtrade umgestellt werden kann, da dieser Kaffee privat finanziert ist. Vorstellbar für die Einführung von Fairtradeprodukten im Gemeindeamt wären beispielsweise Zucker und Tee. Wenn diese Bedingungen akzeptiert werden, so steht einem Antrag auf Ernennung zur Fairtrade-Gemeinde nichts im Weg.

Obmann Strobl meint, dass längerfristig an einer Umstellung auf Fairtradekaffee gearbeitet werden sollte.

Bgm. Schröder erklärt, dass der Kaffee auch mit der Kaffeemaschine zusammenpassen muss und das derzeit nicht gegeben ist. Vorstellbar wäre, im Rahmen von Veranstaltungsgenehmigungen Fairtradeprodukte zu empfehlen. Hiermit würde auch eine Bewusstseinsbildung bei den Veranstaltern bewirkt werden.

GV Dipl.-Ing. Weiner erkundigt sich, ob Fairtrade nur Lebensmittel umfasst.

Obmann Strobl berichtet, dass es im Rahmen des Fairtradegütesiegels auch Bekleidung gibt. Als Termin für ein Fairtradefest wird 7.u.8. Juni 2013 vereinbart.

Bgm. Schröder berichtet, dass der Antrag bei der Sitzung der Gemeindevorstellung am 30.1.2013 und in Folge in der Gemeindevertretung behandelt werden könnte.

Bgm. Schröder stellt fest, dass für das Engagement der Fairtrade-Gemeinde der Vorsitzende des Umweltausschusses zuständig ist. Die Gastronomiebetriebe und Kaffeehäuser werden von der Arbeitsgruppe betreut.

Das Lobbying in der Gemeinde für Fairtradeprodukte sowie Presse und Medienarbeit wird ebenso durch die Arbeitsgruppe durchgeführt. Infotexte werden in Absprache mit dem Gemeindeamt erstellt und veröffentlicht.

GV Illinger erkundigt sich, ob es für Fairtradekaffee bestimmte Bezugsadressen gibt.

Obmann Strobl erklärt, dass über den EZA-Handel auch Kaffeemaschinen mit Münzwerk angeboten werden. Für Besucher könnte angedacht werden, eine solche Maschine zu installieren und damit eine Auswahl anzubieten.

Bgm. Schröder meint, dass für die Aufstellung einer Maschine die Platzverhältnisse im Gemeindeamt geprüft werden müssen. Sollten die Gegebenheiten passen, so stünde einer Aufstellung nichts entgegen.

Obmann Strobl stellt den Antrag auf Ernennung der Stadtgemeinde Oberndorf zur Fairtrade-Gemeinde unter Berücksichtigung vorstehender Bedingungen.

Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): Wird einstimmig empfohlen.

5. Förderung Biomasse

Obmann Strobl berichtet, dass die Förderung von Biomasse für die Gemeinde Oberndorf derzeit keinen Sinn macht. In Oberndorf gibt es kaum Bauern, die soviel Holz haben.

Vizebgm. Mayrhofer meint, dass wenn das Land Salzburg Biomasse fördert, auch die Gemeinde fördern sollte.

Bgm. Schröder informiert, dass die Pellets bzw. das Hackgut sehr oft weite Lieferwege haben und dadurch eine schlechte ÖKO-Bilanz aufweisen. Nicht außer Acht zu lassen ist die Rauchgasentwicklung die bei Pellets und Hackgut entsteht. Sowohl für Pellets als auch für Hackgut reicht der Holzbedarf in Österreich bei weitem nicht mehr aus. Da in allen Bereichen aus dem Ausland zugekauft wird, macht es keinen Sinn, Biomasse zu fördern. Tatsache ist, dass Großanlagen Schwierigkeiten haben, wirtschaftlich betrieben zu werden und auf die Förderung des Landes angewiesen sind.

Obmann Strobl stellt den Antrag, die Gemeindeförderung um Biomasse zu erweitern:

Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): 2 Stimmen dafür (2. Vizebgm. Mayrhofer, GV Illinger) 7 Stimmen dagegen.

6. Bürgerbeteiligung Photovoltaik

Obmann Strobl berichtet, dass es in Oberndorf sehr viele freie Dachflächen gibt, die sich für Photovoltaik eignen würden. Deshalb sollte in Oberndorf mit einer Bürgerbeteiligungs-Initiative gestartet werden. In weiterer Folge sollte auch angedacht werden, in der Stadtgemeinde auf Elektroautos umzustellen.

GV Dipl.-Ing. Weiner erkundigt sich, ob das eine Investition ist, die einen Rücklauf hat, d.h. eine Geldanlage mit Amortisation.

Obmann Strobl informiert, dass dies im Wesentlichen so zu verstehen ist.

GV Eder erkundigt sich, wieviel man vom E-Unternehmen bekommt, wenn man einspeist.

Obmann Strobl berichtet, dass die Beträge auf Jahre stabil sind. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern zahlt die Salzburg AG schlechter.

GV Oberer berichtet über die optischen Merkmale der Panele.

GV Dipl.-Ing. Weiner erkundigt sich, wovon da die Rede ist. Es geht hier um eine Investition in eine neue Technologie, der auch umweltmäßig eine Relevanz gegeben werden sollte.

Es stellt sich die Frage, wenn eine Gemeinschaft gefunden wird, ob diese mit einem Fördergeld ausgestattet wird.

Obmann Strobl informiert, dass die Bürger die Investition bezahlen und durch die Gemeinde die Flächen zur Verfügung gestellt werden sollte.

GV Dipl.-Ing. Weiner informiert, dass das Investitionsvorhaben und seine Finanzierung dem Bürger vorbehalten bleiben. Dies kann nur gemacht werden, wenn alle rechtlichen Anforderungen erfüllt werden. Die Fläche würde sozusagen von der Gemeinde zur Verfügung gestellt, das Investitionsvorhaben und die Finanzierung bleiben frei dem Bürger vorbehalten. Es stellt sich die Frage, ob man als Gemeinde dies machen will, oder man dem Bürger die Möglichkeit gibt das zu machen. Erst nach Prüfung aller baupolizeilichen und Umwelt –bzw. Ortsbildmäßigen Prüfungen sollte die Errichtung auf eigenem Eigentum zugelassen werden.

Bgm. Schröder erkundigt sich, ob Herr Staudinger ein Privatunternehmer ist, welcher eine Gesellschaft gegründet hat und diese Anlagen auf gemieteten Dachflächen von Gemeinden betreibt? Für dieses Beteiligungsmodell wird ein gewisser Betrag in 10 Jahren ausbezahlt, d.h. man benötigt jemanden, der Dachflächen mieten möchte. Laut Auskunft von Herrn Doktor Huber vom Salzburger Gemeindeverband, ist das Betreiben derartiger Anlagen, die auch eine Gewinnbeteiligung versprechen bzw. auszahlen, unter Spekulation einzuordnen und kann keinesfalls empfohlen werden. In Niederösterreich gibt es derzeit ein Gerichtsverfahren, wo Banken um ihre Rechte streiten. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinden, sondern Aufgabe der Banken, Finanzierungsmodelle aufzubauen. Es spricht nichts dagegen, wenn ein Privater bei der Gemeinde wegen der Anmietung von Dachflächen zur Nutzung für Photovoltaikanlagen anfragt.

Obmann Strobl informiert, dass es Firmen sein müssten, bei denen sich die Bürger beteiligen können.

Bgm. Schröder berichtet, dass es in Oberndorf genug Flächen geben würde. Vorerst müssen aber die Voraussetzungen dafür stimmen. Bürgermeister Schröder erkundigt sich, über den aktuellen Vortrag bei der Feuerwehr bezüglich Photovoltaikanlagen.

GV Illinger berichtet dazu, dass flächendeckende Photovoltaikanlagen im Brandfall ein massives Problem darstellen.

Obmann Strobl fasst zusammen, dass sich erst eine Firma finden und eine Gemeinschaft bilden muss, um die Diskussion weiterführen zu können.

7. Fahrradkilometer sammeln

Obmann Strobl berichtet über eine Aktion des Klimabündnisses. Hierbei geht es um einen Fahrradwettbewerb, bei dem Fahrradkilometer gesammelt werden. Ziel ist es, Menschen zu motivieren, auf das Fahrrad umzusteigen. Aus der Gemeinde Mattsee sind bereits fertige Unterlagen vorhanden, diese könnten nach Bedarf für die Gemeinde Oberndorf übernommen werden. Die Anmeldung für diese Aktion, die von Anfang März bis Anfang September dauert, erfolgt unter www.fahrradwettbewerb.at. Der Schwerpunkt liegt in erster Linie bei den Schulen, es können aber auch Vereine (z. B. Fußballverein,...) und Privatpersonen mitmachen. Jeder der mitmachen möchte, braucht ein Fahrrad und einen Tachometer. Die Tachometer können zum Sonderpreis von 3,- Euro / Stück erworben werden. Bei der Anmeldung am 23. April 2013 würde beim Gemeindeamt die Registrierung erfolgen. Ab der Registrierung zählt jeder gefahrene Kilometer und zwar bis zur Endauswertung im Oktober. Jeder Teilnehmer nimmt an einer Verlosung teil und erhält die Chance, attraktive Preise zu gewinnen. Die Preisverleihung könnte im Zusammenhang mit dem alljährlichen Radwandertag erfolgen. Im Falle einer Teilnahme müssten noch Sachpreise organisiert werden.

Bgm. Schröder erkundigt sich, wer die Koordination im Falle einer Teilnahme abwickelt und durch wen die Tachoaussgabe erfolgt?

Obmann Strobl erklärt, dass Frau Petzlberger in Zusammenarbeit mit Klimabündnis diese Aktion organisieren würde. Die Tachoaussgabe würde durch ein Fahrradgeschäft erfolgen. Die Administration der Auswertung erfolgt durch eine Kleingruppe. Das Einsammeln der Preise könnte in Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband erfolgen.

Bgm. Schröder kann sich gut vorstellen, dass diese Aktion eine Aufwertung bringen würde. Es wird angeregt, mit dem Tourismusverband zwecks einer eventuellen Zusammenarbeit zu sprechen. Vom Tourismusverband könnte diese Aktion in den alljährlichen Radwandertag eingebaut und veröffentlicht werden.

Obmann Strobl stellt den Antrag, die Aktion „Fahrradkilometer sammeln“ zu starten:

Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): Wird einstimmig empfohlen.

8. Verbot des Einsatzes von Glyphosat-Herbiziden

Obmann Strobl berichtet, dass vor ca. 3 Jahren in der Gemeinde eine Umstellung des eingesetzten Herbizides (Unkrautvernichtungsmittel) erfolgte. Aus heutiger Sicht kann gesagt werden, dass dieses gleich giftig und gesundheitsschädlich ist wie das vorherige. Derzeit gibt es kein Alternativmittel. Es stellt sich die Frage, ob man das Unkraut nicht einfach wachsen lassen sollte.

Bgm. Schröder meint, dass das Unkraut sehr schwer in den Griff zu bekommen ist. Die Dosierung und Anwendung des Herbizides wird von einem Gärtner sehr gewissenhaft überwacht. Ein Verzicht würde den Arbeitsaufwand im Bauhof erhöhen, was nicht leistbar ist. Beim Friedhof und bei Pflastersteinen ist es nach wie vor notwendig, das Herbizid aufzubringen. An der Salzachpromenade wird künftig darauf verzichtet. Das verwendete Produkt ist im Handel zugelassen.

9. Allfälliges:

Obmann Strobl berichtet, dass in der Weihnachtszeit die Weihnachtsbeleuchtung entlang der Bahntrasse (Bäume im Bereich des Parks) durchgehend beleuchtet ist. Es sollte angedacht werden, den hohen Energieverbrauch zu senken.

Bgm. Schröder informiert, dass es sich bei dieser Beleuchtung um eine „private Beleuchtung“ handelt und dafür die Werbegemeinschaft bzw. der Tourismusverband zuständig ist.

Obmann Strobl informiert, dass die Energieberatung Salzburg möglicherweise einseitige Empfehlungen zum Thema Dämmstoff Styropor herausgibt. Dieser Dämmstoff wird zwar von der Wirtschaft gepusht, weist aber keinerlei Nachhaltigkeit auf. In einem Gespräch mit dem Energieberater des Landes, soll darüber gesprochen werden.

Weiters wird berichtet, dass es in einigen Bundesländern das Angebot einer € 60,-- Monatskarte für Jugendliche gibt. Auch Salzburger Gemeinden (z.B. Hallein) bieten diese Monatskarte an. Es wird angeregt, auch in Oberndorf ein solches Angebot zu schaffen.

Bgm. Schröder meint, dass dies für Oberndorf nicht umzusetzen ist, weil es verschiedene Anbieter (Postbus, Albus, Lokalbahn) gibt. Wien hat vergleichsweise nur einen Anbieter.

Obmann Strobl meint, dass die Gemeinden mehr Druck machen müssten und eine Petition verfassen sollten.

Bgm. Schröder meint, dass dieses Thema mit der Verkehrsplanung des Landes und dem Verkehrsverbund abgeklärt werden sollte.

GV Oberer informiert, dass die Öli-Küberl immer wieder zweckentfremdet werden. Eine Information an die Bürger über die richtige Verwendung der Küberl wäre sinnvoll. Die Ausgabe der Küberl sollte aber weiterhin forciert werden.

Obmann Strobl informiert über das Vorhaben, zusammen mit der Stadtgemeinde Laufen ein „Fairkehrtes Fest“ mit Sperre der Brückenstraße zu organisieren. Es wird eine Teilsperre der Brückenstraße (von Samstagmittag bis Sonntagmittag) angestrebt. Dabei würde die Brückenstraße nur im Bereich von der Raiffeisenbank bis zum China Restaurant gesperrt werden. Die Fahrzeuge würden auf Höhe des China Restaurants umgeleitet. Es wäre mit Sicherheit ein tolles gemeinsames Fest, welches im Rahmen von Interreg veranstaltet würde. Bis spätestens Anfang Februar 2013 muss feststehen, ob das Fest durchgeführt wird.

Bgm. Schröder regt an, dass der Vertreter vom Verein „fairkehr“ die Bürgermeister von Oberndorf und Laufen über dieses Fest bzw. den Ablauf informieren soll. Im Anschluss daran, werden die beiden Bürgermeister mit den Straßenbauämtern Salzburg und Traunstein wegen der behördlichen Abklärung sprechen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Obmann die Sitzung um 20.55 Uhr.

Der Schriftführer:
gez. Helmut Timin eh.

Der Obmann:
gez. Markus Strobl eh.